Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Bericht	Geschäftsbereich	Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
	Ressort / Stadtbetrieb	Geschäftsbereichsbüro 100.2
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Bernd Osthoff 563 4295 563 8050 Bernd.Osthoff@stadt.wuppertal.de
	Datum:	23.04.2004
	Drucks.-Nr.:	**VO/2894/04** öffentlich

Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
05.05.2004	**Umweltausschuss**	**Entgegennahme o. B.**
12.05.2004	**Schulausschuss**	**Entgegennahme o. B.**

Umsetzung der Mobilfunkvereinbarung in NRW-Stellungnahme zur VO 2460/04

Grund der Vorlage

Die Fraktion Bündnis 90 die Grünen hat mit Drucksache VO/2460/04 verschiedene Punkte zur Umsetzung der Mobilfunkvereinbarung Nordrhein-Westfalen beantragt.

Beschlussvorschlag

Der Sachstandsbericht wird entgegengenommen

Einverständnisse

Entfällt

Unterschrift

Uebrick

Begründung

Die Verwaltung nimmt hier in einzelnen Punkten im Wege eines Sachstandsberichtes Stellung

1. **Vorbemerkung**

Zu Beginn des Jahres 2002 wurde die Koordinierungsstelle für Mobilfunkangelegenheiten unmittelbar dem Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zugeordnet. Der Rat hat mit seiner Drucksache VO/4452/01 am 18.02.2002 die organisatorischen Voraussetzungen im Grundsatz beschlossen. Die Koordinierungsstelle hat dieses Aufgabengebiet gem. den gesetzlichen Regelungen, den Absprachen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, den Kommunen und den Vorgaben des Ratsbeschlusses aufgebaut bzw. die Beschlüsse umgesetzt.

Augrund der Entwicklung in 2003, Mobilfunkvereinbarung Nordrhein-Westafeln und der Hinweise zur Aufstellung von Mobilfunkanlagen der Bundesregierung sowie dem Mobilfunkerlass Nordrhein-Westfalen hat die Verwaltung eine Vielzahl von Maßnahmen organisatorischer Art ergriffen und diese auch umgesetzt. Sie sind in den nachfolgenden konkreten Beschlusspunkten des Antrages Fraktion Bündnis 90 die Grünen im Einzelnen aufgeführt.

Vorab wird festgestellt, dass in Kürze eine weitere organisatorische Veränderung vorgesehen ist, die die derzeit vorhandenen Prozessabläufe weiterhin stärker bündeln soll. Geplant ist, dass die organisatorische Zuständigkeit für die Koordinierungsstelle der Unteren Bauaufsichtsbehörde angegliedert werden soll.

Die Verwaltung hat bisher eine Vielzahl von Maßnahmen betreut und umgesetzt:

- Abstimmung der Planungen mit den Mobilfunkbetreibern in 2002 unter Einschaltung von Vertretern der Bürgerinitiative
- Informationsveranstaltungen bzw. Beratungen in verschiedenen Bezirksvertretungen
- Durchführung von Testmessungen durch das Umweltministerium, des Landesumwelt-amtes Nordrhein-Westfalen, des TÜV Nord in Zusammenarbeit mit dem Informationszentrum Mobilfunk (IZMF), der Firma T-Mobile sowie der Firma MobilCom
- Informationsveranstaltungen bei den Bürgerinitiativen
- Informationsveranstaltung für die Bürger im Stadtbezirk Cronenberg
- Aufbau einer Internet-Informationsseite unter www.wuppertal.de
- Aufbau eines Informationssystems über bestehende und geplante Anlagen im Internet
- Eine Vielzahl von Bürgergesprächen und Bürgerinformationen

2. Antrag der Grünen vom 13.01.2004, Drucksache VO/2460/04

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den organisatorischen Rahmen zu schaffen, damit die Abstimmung zwischen Betreibern und Kommune gem. der Mobilfunkvereinbarung für Nordrhein-Westfalen zwischen den Betreibern und kommunalen Spitzenverbänden von Juni/Juli durchgeführt werden können.

   Wie in der Vorbemerkung beschrieben, ist die Koordinierungsstelle eingerichtet worden (org. Rahmen). Eine weitere organisatorische Straffung steht bevor. Die Verwaltung hat zu Beginn des Jahres im Januar/Februar die 2-Jahresplanung der Betreiber erhalten und wird wie in 2002 nunmehr die Planung mit den Mobilfunkbetreibern im Einzelnen

besprechen. Die Bürgerinitiativen haben mit Schreiben vom 05.04.2004 die Planungen in Listenform erhalten und haben nunmehr die Gelegenheit diese aus ihrer Sicht zu werten. Im Rahmen von Gesprächen werden die einzelnen Planungen von der Verwaltung mit den Vertretern der Bürgerinitiativen besprochen.
Im Anschluss daran wird die Verwaltung die Grobplanungen mit den Betreibern erörtern, wobei die Empfehlungen der Bürgerinitiative aus der Sicht der Stadt Wuppertal zur Standortbeurteilung mit herangezogen werden sollen.

Jede Bezirksvertretung erhält nach Abschluss der Gespräche eine Liste bzw. eine Kartendarstellung der geplanten Anlagen.

2. Beim Gesundheitsamt der Stadt Wuppertal wird ein Beschwerdekataster eingerichtet. Dort können die Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger per Telefon, schriftlich oder per Internet körperliche Effekte von Mobilfunkstrahlungen melden.

   Das Gesundheitsamt der Stadt bereitet dieses derzeit vor. Es ist beabsichtigt, in Kürze die genannten Übersichten einzurichten. Schon jetzt werden körperliche Effekte von den Bürgerinnen und Bürgern entgegengenommen und festgehalten.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Vorsorgekonzept für Kinder und Jugendliche zu entwickeln. In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt soll in Kindergärten, Schulen und Jugendeinrichtungen gezielt Aufklärung betrieben werden.

   Das Gesundheitsamt hat hierzu speziell eine Informationsbroschüre vorbereitet. Denkbar ist auch, dass die Schulen in ihrer eigenen Zuständigkeit bei Elternabenden bzw. in Unterrichtsteilen Aufklärung, insbesondere anhand der vielfältigen Informationsbroschüren verschiedener Institutionen betreiben. Auch hierzu wird die Koordinierungsstelle in Kürze, nach Vorliegen der aktuellen Informationsbroschüren, der Schulverwaltung für die Schulen ein Informationsschreiben mit umfassenden Hinweisen zuleiten.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Mobilfunk zu intensivieren, über Faltblätter, durch das Internet, in Veranstaltungen in Stadtteilen, sollen die Menschen über gesundheitliche Gefahrenpotentiale und Gegenmaßnahmen informiert werden.

   Die Verwaltung hat im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen (bis max. 20 % einer Arbeitskraft) bisher umfangreich informiert, eine Internetseite aufgebaut, in der sich Bürger über geplante und vorhandene Standorte informieren können. Über die bisher eingesetzten Ressourcen hinaus können keine weiteren Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden.

   Es ist vorgesehen, in den Bezirksverwaltungsstellen Informationsbroschüren verschiedener Institutionen und ein Faltblatt über Mobilfunkanlagen im jeweiligen Stadtbezirk für Nichtnutzer des Internet bereitzuhalten.

Kosten und Finanzierung

Entfällt

Zeitplan

Entfällt

Anlagen

Anlage 01: Mobilfunkvereinbarung für Nordrhein-Westfalen (effektiver Netzausbau unter Beachtung von Vorsorge, Transparenz und Kooperation

Anlage 02: Gesundheitsamt informiert

Anlage 03: Mobilfunk, wie funktioniert das eigentlich (Informationsbroschüre des Bundesamtes für Strahlenschutz)

Anlage 04: Ratgeber Mobilfunk: nützliche Tipps und Informationen (Informationszentrum Mobilfunk)

Anlage 05: Was Sie schon immer über Mobilfunk wissen wollten

Anlage 06: Mobilfunk und Gesundheit - eine Information für die Eltern – (Informationszentrum Mobilfunk/Kinder Umwelt)

Anlage 07: Deutsches Mobilfunkforschungsprogramm (Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz und Reaktorsicherheit)

Die Anlagen 02 bis 07 werden in der Sitzung ausgelegt. Sie befinden sich allerdings auch unter der Internetdresse **www.wuppertal.de/mobilfunk** als Informationen.